

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Beilage oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Eine Tendenz-Lüge der sogenannten „Ordnungsparteien“. — Verhältnissocialistische Grundschau. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Gewerblichkeitsangelegenheiten. Zur Lebenshaltung der deutschen Maurer. Ein brutaler Gewaltstreich. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Gerichtliches. — Literarisches. — Briefkasten.

Eine Tendenz-Lüge der sogenannten „Ordnungsparteien“.

Die sogenannten „staatserkaltenden“ Parteien, in erster Linie die konservativen, sind bekanntlich um Lügen nicht verlegen, wenn sich für sie darum handelt, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. Bei dieser Hege haben sie es hauptsächlich darauf abgesehen, den unter der kapitalistischen Wirtschaft mehr und mehr zerfallenden Mittelstand, die Handwerker, Bauern etc., an sich zu fesseln. Sie versprechen diesem Stande Hilfe über Hilfe und versichern, ihn „retten“ und wieder in glückliche Verhältnisse bringen zu können. Dem Handwerk wollen sie den früheren „goldenen Boden“ wieder erringen und des Bauers „Wohlfahrt und Zufriedenheit“ wollen sie herstellen, daß, wie mal ein konservativer Parlamentarier meinte, „die Seligen im Himmel ihre helle Freude daran haben sollen“.

Natürlich, eine Lüge ist der anderen werth, — und so verlangen denn diese Volksbeglucker, daß „Bruder Bauer und Handwerker“ sich mit ihnen verbünden, die „unstürzlerische“ Sozialdemokratie zu bekämpfen. Um diesem Verlangen gehörigen Nachdruck zu geben, behaupten sie: Die Sozialdemokratie habe es auf die gänzliche Vernichtung des Mittelstandes „abgesehen“, sie sei eine „geschworene Feindin“ des Handwerkers und Bauernstandes und deshalb dürfe kein Handwerker und kein Bauer mit ihr zusammengehen.

Das ist eine der dümmsten Tendenz-Lügen, welche die „Ordnungspolitik“ erfunden hat, um den Mittelstand ihren selbstsüchtigen Zwecken dienstbar zu machen. Die Wahrheit ist, daß wir die unter unseren Augen sich vollziehende, vom Kapitalismus bewirkte Auflösung des Mittelstandes zu erklären versuchen, ihre Ursachen darlegen und unsere Schlüsse daraus ziehen. Alle die sogenannten staatserkaltenden Parteien ohne Unterschied belügen und betrügen den Mittelstand, die kleinen selbstständigen Gewerbetreibenden und die Bauern, wenn sie ihnen sagen, daß sie berufen, fähig und ernstlich gewillt seien, diesen Stand zu „erhalten“ und ihn wieder „lebensfähig“ zu machen.

Die Stellung unserer Partei zum Mittelstande ist klar und deutlich ausgedrückt in den zwei ersten Absätzen des sozialdemokratischen Programms, welche lauten:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum, des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indem die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

Hand-in-Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der geringfügigen Kleinbetriebe durch riesige Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die verfallenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elendes, des Bruchs, der Knechtung, der Entbehrung, der Ausbeutung.“

Diese Erklärung entspricht durchaus den offensichtlichen Thatsachen, die ja vom Mittelstande, besonders von den Handwerkern, selbst anerkannt und lebhaft erörtert werden. Unsere Gegner hätten sich deshalb auch wohl, auf sie einzugehen. Denn mit Erfolg ablenken können sie Thatsachen, über die jeder Kleinbürger und Bauer sich selbst Rechenschaft geben kann nach Maßgabe der täglichen Erfahrung, nicht. Sie umgehen also die sozialdemokratische Programmklärung und lägen in der unverschämtesten Weise, die Sozialdemokratie sei „bestrebt“, den Mittelstand zu „vernichten“.

Mit Stolz darf die Sozialdemokratie von sich sagen, daß sie nicht die infame Politik der Täuschung übt; sie sieht eine ihrer hauptsächlichsten Aufgaben darin, den Volksmassen — Lohnarbeitern, Kleinbürgern und Bauern — die ökonomischen und sozialen Verhältnisse so, wie sie wirklich sind, zur Erkenntnis zu bringen und zu verklären, daß diese Kreise von den Vertheidigern der bestehenden „Ordnung“ durch berechnete Vorspiegelungen veranlaßt werden, sich trügerischen Hoffnungen hinzugeben, deren Erfüllung nie und nimmer möglich ist.

Gegenüber der immer mächtiger aufwärts strebenden kapitalistischen Großwirtschaft befinden sich die verfallenden Mittelschichten in einer verzweiflungsvollen Lage; die Besitzherrschaft vernichtet sicher und immer schneller das Handwerk, das kleine Bauernthum. Wer da behauptet, daß es Mittel gibt, diese Volkskreise vor der Vernichtung durch die Besitzherrschaft zu schützen, der ist ein Thor oder ein Schwindler. Nach den Gesetzen der ökonomischen Entwicklung ist es unmöglich, die Mittelschichten zu erhalten. Mit diesen Schritten vollzieht sich die Proletarisierung des Kleinhandwerks, während der bäuerliche Besitz immer mehr vom Großgrundbesitz aufgezogen wird. Seit Jahrzehnten beschäftigt diese Entwicklung unsere Staatslenker und ihre Bundesgenossen aus den herrschenden Parteien; unausgesetzt diskutieren sie die Frage, wie da zu helfen sei. Aber nichts, rein garnichts haben sie zu unternehmen vermocht, im Interesse des Mittelstandes dem ökonomischen Entwicklungsgange entgegenzuwirken. Mit den Maßregeln, die sie zu Gunsten des Handwerks ergriffen (Zinnungswesen etc.) haben sie gründlich Fiasko gemacht. Und wie sie dem Bauer helfen wollen, darüber sind sie sich „noch nicht klar“ und werden sie auch niemals zur Klarheit gelangen.

Bei all' ihrer vorgeblichen „Mittlungsarbeit“ für den Mittelstand sind die „maßgebenden“ Kreise und reaktionären Parteien lebendig geleitet von der Furcht vor der Sozialdemokratie, welche durch das riesenhafte „Schwellen des Proletariats, in Verbindung mit dem „Achtstum des Klassenbewußtseins, eine immer größere Macht gewinnt. Man möchte verheßen, daß Handwerker und Bauern zu der Ueberzeugung gelangen, es könne ihnen im Klassenstaate unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht geholfen werden, und daß sie demnach zur Sozialdemokratie sich bekennen. Deshalb nimmt man „sich ihrer an“ — allerdings nur mit schönen Phrasen, Versprechungen und zwecklosen Experimenten. Die, welche sich davon beiführen lassen, sterben über das Erwartete der verheßenen „Hilfe“ hinweg, ohne etwas davon verpfaßt zu haben. Und mit denen, die nach ihnen kommen, als die letzten Trümmer des Mittelstandes, wird man dasselbe Spiel zu treiben versuchen — bis die Scheidung der Gesellschaft in zwei Klassen sich vollständig vollzogen hat: auf der

einen Seite die kleine Klasse der Besitzenden, die über alle Produktionsmittel verfügt, auf der anderen Seite die ungeheure Mehrheit des Volkes als besitzloses Proletariat.

Wenn sich Kleinbürger und Bauern doch nur klar machen wollten, daß der moderne Klassenstaat nichts Anderes ist, als die Interessenvertretung der Besitzherrschaft, wie sie im Großkapitalismus — der auch den Großgrundbesitz in sich begreift — so deutlich zum Ausdruck kommt! Um die Hoffnungen und Forderungen des Mittelstandes, speziell der Handwerker und Bauern, zu erfüllen, um diesen Stand wieder zu Dem zu machen, was er früher (unter ganz anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen) war, müßte der Staat im Stande sein, der großkapitalistischen Wirtschaft in Industrie und Landwirtschaft ein Ende zu machen. Das kann aber der Staat aus zwei Gründen nicht: einmal liegt eine solche Rückwärts-Entwicklung nicht in seiner Macht, weil er es in der bestehenden Wirtschaftsordnung mit einer notwendigen Konsequenz der Vorwärts-Entwicklung zu thun hat und durch ein willkürliches Preisgeben derselben zwecks des Rückschritts die ganze Kultur in Frage gestellt werden würde; Johann aber kann dieser Klassenstaat mit seinem Militarismus nicht einen Tag bestehen, ohne seine Grundlage, den Kapitalismus. Der moderne Staat ist Alles in Allem eine großkapitalistische „Gründung“, in welcher die Gespenster der mittelalterlichen Ordnung (Zünfte etc.), die man zittert, um den Kleinbürger zu behüten vor dem Uebergang in's sozialdemokratische Lager, sich gar seltsam-komisch ausnehmen. Während die Regierungen und herrschenden Parteien alles Mögliche thun, ihrer Aufgabe als Interessenvertretungen der Besitzherrschaft zu genügen, die großkapitalistische Entwicklung in jeder Weise zu fördern, glauben sie den Mittelstand „zufrieden“ stellen zu können mit der Versicherung, daß sie für „sein Bestes“ besorgt seien, und mit Experimenten, die den Handwerkern und Bauern ihren „guten Willen“ in dieser Richtung beweisen sollen. Die Regierungen sind mit der konservativen Parteien einig darin, daß der Großgrundbesitz, durchaus nach kapitalistischer Tendenz bewirtschaftet, erhalten und in seiner Entwicklung unterstützt werden müsse. Das ist gleichbedeutend mit dem stillschweigenden Eingeständnis, daß es auf die Erhaltung eines Bauernstandes garnicht ankommt. Es ist statistisch nachweisbar, wie dieser Stand gegenüber der Entwicklung des Großgrundbesitzes und der landwirtschaftlichen Großproduktion sich nicht behaupten kann, wie er durch die Konkurrenz der Besitzherrschaft zu Grunde gerichtet wird; man „theilt“ mit ihm gründlich, aber so, daß er selbst nichts behält und verschwindet. Nichtsdestoweniger spielen sich die Vertreter dieser Interessenrichtung in den Regierungen, in den Parlamenten und im öffentlichen Leben als die „Helfer“ und „Retter“ des Bauernstandes auf!

Ebenso unterlassen die Regierungen im Bunde mit der Groß-Bourgeoisie, welche das industrielle und kommerzielle Gebiet beherrscht, nichts, was dazu beitragen kann, die Herrschaft der Besitzherrschaft zu befestigen und auszuwehnen. Denn diese Herrschaft geht völlig auf in der Herrschaft des modernen Klassenstaates. Offen und frei erklärte vor einiger Zeit der Staatssekretär v. Bütticher im Reichstage: Der Staat müsse unter Anerkennung der kapitalistischen Entwicklungstendenzen die Bestrebungen des Großkapitals und der Großindustrie

Fördern. Allerdings, das muß der Klassenstaat, den der Großkapitalismus sich gebildet hat, wie er ihn braucht, — das muß er, wenn er sich nicht selbst preisgeben will.

Wer alles das berücksichtigt und im Uebrigen eines gesunden Urtheils fähig ist, der wird nur mittelbig dazu lächeln können, wenn dieselben Regierungen und dieselben privilegierten Klassen dem Handwerkerstande die „Hülfe“ zusichern gegen die kapitalistische Wirtschaft. Eine ärgere Komödie des Widerspruchs ist kaum denkbar!

Unausföhlbar, vor Aller Augen, vollzieht sich der Untergang des Mittelstandes, die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft. Klar liegen für Jeden, der sehen kann und will, die Ursachen zu Tage. Und das ist das Verbrechen der Sozialdemokratie, daß sie diese Ursachen rücksichtslos aufdeckt, zugleich auch die unvermeidlichen Wirkungen zur Erkenntnis bringt, und auf diese Weise das System der Täuschung, das die „staats-erhaltenden“ Parteien am Mittelstande üben, zerstört. Das ist die „geschworene Feindschaft“ gegen Handwerker und Bauern, daß wir ihnen die Wahrheit sagen und sie warnen, sich in trügerische Hoffnungen einzulassen und als Hülfstruppen der reaktionären Parteien mißbrauchen zu lassen gegen das Gesamtinteresse der ehrlichen Arbeit.

Handwerker und Bauern gehören zur arbeitenden Klasse und sie haben mit dieser nur ein Interesse: die Vereinfachung jeglicher Besitzverhältnisse, die Ueberwindung der privatkapitalistischen Produktion, an deren Stelle die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit treten muß, welche über das Kapital als dienendes Arbeitsinstrument verfügt und Jedem die Früchte seiner Arbeit und damit erst ein den Prinzipien menschlicher Gerechtigkeit entsprechendes Privateigentum sichert.

Wirtschaftlich-soziale Grundriss.

Folgen der heutigen Massenproduktion. In Straßburg i. E. fand in der letzten Oktoberwoche der erste Bauereitag statt, und zwar handelt es sich um einen dreitägigen Neubau, der bereits unter Dach war. Die Straßb. B. Nachr. schreiben dazu: Ueber die Bauern dieses Gebirges und einen Theil des dazu verwendeten Materials hat schon Mancher den Kopf geschüttelt. Aber den Eintritt jener Katastrophe hat doch wohl Niemand erwartet. Dieselbe erfolgte vorgestern Nachmittags gegen 4 Uhr. Es wird uns darüber Folgendes mitgeteilt: Im unteren Theile des Gebirges waren Oxyde der Schmelze, die man sich oben ein sonderbares Geräusch bemerkbar, was dem gerade anwesenden Unternehmern verdächtig genug vorkam, um die Arbeiter zum sofortigen Verlassen des Baues zu veranlassen. Bald nachher trat es im oberen Theile, das Dach sank und — prasselnd stürzte auf einmal das Gebäude, ungeachtet der Weite bis zum höchsten Giebel, der stehen geblieben ist, in sich zusammen. Ob hierüber bleiben, oder ob nicht schließlich noch das Gebäude ganz einfallen wird, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlicher ist ein weiterer Zusammenbruch, da von der stehengebliebenen Hälfte Dach und Mauern stellenweise schon schief hängen, es sei denn, daß, wie es eigentlich gewohnt ist, sofort Hand angelegt wird, den Bau einzureißen. Die Bauhütte und der Platz um dieselbe ist vorläufig polizeilich gesperrt worden. — Unser Berichterstatter sagt dieser Meldung hinzu: Der Unternehmer wachte ganz gut, wie es mit seinem Bau stand. Schon einige Tage vor dem Einsturz, als die Einschulung an den Fenstern und Thürböden entfernt wurde, führten die Wogen sammt und sonders durch und die Säge hatte schon bedeutende Risse erlitten. Stellenweise waren die Risse ausgebeßert und berappt. Anstatt, daß die Arbeit an dem Bau überhaupt eingestellt wurde, wurde die schlaunige Fertigkeit derselben betrieben. Aber so steht es heututage, die Arbeit wird so billig als möglich übernommen und schlechtes Material benutzt. Im gewöhnlichen Leben nennt man so etwas Betrug, bei den Herren Unternehmern heißt es aber „Geschäftsprogreß“.

Die Organisation des Handwerks scheint jetzt nach Änderungen im offiziellen „Hamb. Corr.“ im Reichsamt des Innern in die Anbahnung vorzuweichen, zunächst eine besondere Organisation zu schaffen, die als Vertretung des ganzen Handwerks gelten kann, nach dem Muster der preussischen Gewerkschaftskammern. Die Schwierigkeit liegt nur darin, das Handwerk einerseits vom Großbetriebe, andererseits vom Handels- und Gewerbe und dem nicht handwerkemäßig arbeitenden Unternehmern richtig abzugrenzen. Welche Abgrenzung werde vor Durchführung der Ergebnisse der neuen Verfassung im nächsten Jahre nicht leicht sein. Solcher Vermittlungsstandpunkt präjudiziere keinen der in der Regierung und im Reichstage bestehenden Organisationspläne und trage auch der Auffassung, daß es der Verwirklichung des sozialistischen Materials bedürfe, insofern die Regierung, als in jenen Handwerkerkammern zugleich die geeigneten Organe zur Veranlassung von Erhebungen solcher Art geschaffen würden.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie,

welcher vom 21. bis 27. Oktober in Frankfurt a. M. unter Teilnahme von 228 Delegirten stattfand, beschloß sich u. A. auch mit der Agrarfrage. Die Genossen Schoenlandt und Bollmair erörterten über diese Frage eingehende Referate und nahm der Parteitag einstimmig folgende Resolution an: Die Agrarfrage ist das Ereigniß der modernen Weltwirtschaft. Sie abhängt von der heimischen Landwirtschaft vom Weltmarkt und dem internationalen Weltbetriebe oder Vorkapitalismus und ist mehr in den Händen der kapitalistischen Massenproduktion, des Bank- und Vorkapitalismus, als in der Hand der Bauern. Die Agrarfrage ist die Agrarfrage.

In Preußen-Deutschland läßt die landwirtschaftliche Unternehmungsklasse, die sich in ihrem Wesen von der großgewerblichen Kapitalisten nicht unterscheidet, mit dem Landbau. Dieser Landbau erhält sich nur noch künstlich durch Subsidien, Schutzzölle, Ausfuhrvergütungen, Steuererlasse. Trotz alledem ist der Untergang des ostelblichen Unterbetriebs, der zum großen Theil durch schlechte Wirtschaft, Erbtheilhaftigkeit und Neid auf den Ackerbau ist, schon besiegelt.

Dazu kommt der sich fortsetzende Zwiespalt zwischen Großbetrieb und kleinstädtischer Wirtschaft. Die Kleinbauernschaft, bedrückt durch Militärdienst und Steuerlasten, in Hypotheken- und Personalschulden verstrickt, bedrängt von innen und außen, kommt in Verfall. Die Schutzzölle sind für sie nur ein leeres Schaugericht. Und diese Zoll- und Steuerpolitik lähmt die Kaufkraft der arbeitenden Klasse und verzerrt beständig den Markt des Bauern. Der Bauer wird proletarisiert.

Auf der anderen Seite entfaltet sich der Klassengegensatz zwischen städtischen Unternehmern und städtischen Arbeitern zu immer größerer Heftigkeit. Eine städtische Arbeiterklasse ist entstanden; sie ist gebunden durch feudale Gesetze, die ihr das Vereinigungsrecht verweigern, die sie unter die Gesinde-Ordnung stellen, die sie in die Fesseln einer bestimmten Erbschaftsbeschränkung ein-schließen. Die Zwischenstände, grundbesitzende Tagelöhner, Zwergbauern, die auf die Lohnarbeit als Zubehör angewiesen sind, sinken trotz aller Scheinreformen in die Klasse des städtischen Proletariats. Mit der Erwerbslosigkeit, dem Lohnruddel und der schlechten Behandlung, mit der Zunahme der Handarbeiter wächst der Zwiespalt zwischen Grundkapital und Landarbeit, das Klassenbewußtsein des Landarbeiters erwacht.

So wird es zur Nothwendigkeit, daß die Sozialdemokratie sich auf das Ernste mit der Agrarfrage befaßt. Die Vorbereitung dazu ist die eingehende Kenntnis der städtischen Zustände. Da diese in Deutschland technisch, wirtschaftlich und sozial verschieden geartet sind, so muß sich die Propaganda ihnen anpassen und das Landvolk nach seiner Eigenart behandeln.

Die Agrarfrage, als notwendiger Bestandteil der sozialen Frage, wird endgültig nur gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten wieder zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen. Erst aber muß die Notlage der Bauern und Landarbeiter durch eine gründliche Reformpolitik gelindert werden. Die nächste Aufgabe der Partei ist es, ein besonderes agrarpolitisches Programm aufzustellen, das die dem Bauern wie dem Handarbeiter besonders nützlichsten nächsten Forderungen des Ernter Programms in einer dem Verhältniß der städtischen Bevölkerung angemessenen Darstellung erläutert und ergärt.

Der Bauernschutz soll den Bauern als Steuerzahler, als Schuldner, als Landwirth vor Nachtheilen bewahren und ihn den rationellen und den genossenschaftlichen Betrieb durch Staats-hülfe erleichtern.

Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht der städtischen Arbeiterklassen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der Gesindeordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbearbeitung) ihn vor der ungünstigen Ausbeutung bewahren.

Ein besonderer Agrarschutz hat dem nächsten Parteitag seine Vor schläge vorzulegen.

Ueber die Bedeutung der Trusts, Kartelle, Ringe und ähnlicher großkapitalistischer Organisationen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung referierte Genosse Schypel. Derselbe sagte seine Ausführungen in folgender, vom Parteitag ebenfalls einstimmig angenommener Resolution zusammen:

Die Kartelle (Trusts, Ringe), wie sie in neuerer Zeit immer mehr in allen Kulturländern der Erde, insbesondere auch in Deutschland von den Vertretern großkapitalistischer Unternehmungen gebildet werden, sind die natürliche Folge der Entwicklung unserer kapitalistischen Produktionsweise, die mit stetig sich beschleunigender Schnelligkeit ihrem Höhepunkt entgegensteht.

Der Zweck dieser großkapitalistischen Produktionsvereinigungen ist, im Interesse des beherrschenden Kapitalisten die Produktion zu regulieren, d. h. durch ihre Anpassung an die Nachfrage die Preisbildung zu beeinflussen, daß der erreichbare höchste Profit den Unternehmern zufällt.

Der immer rascherer Untergang des konkurrenz-unfähig gewordenen mittleren und kleineren Unternehmertums ist die notwendige Wirkung dieser kapitalistischen Organisationen.

Die Arbeiterklasse hat keine Verantwortung, den durch die Kartellwirtschaft beschleunigten großkapitalistischen Entwicklungsprozeß durch reaktionäre Gesetzgebungsversuche zu stören, weil jeder Fortschritt der Kapitalkonzentration fortgesetzt größere Massen ehemals Besitzender von den Interessen des Besitzes losreißt und die unüberwindliche Ueberlegenheit der nationalen und international organisierten, einheitlich geleiteten Produktion über die zerstückelte Produktion der freien Konkurrenz immer eindringlicher und augensichtlicher zeigt. Diese Entwicklung ist somit ein Schritt zur Verwirklichung des Sozialismus!

Dagegen werden die Kartelle eine Gefahr für die Arbeiter durch die Macht, welche die ausübenden Kapitalisten mit Hilfe ihrer Organisation gegenüber ihren Arbeitern erwerben. Gesetzlicher Lohnruddel, geheiligte soziale und politische Ansehung werden unausbleiblich. Es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung und der Menschlichkeit für die Arbeiterklasse, nachdrücklich und kategorisch zu verlangen, daß ein den Forderungen der Klassenbewußten Arbeiter entsprechender Arbeiterschutz gesetzlich festgelegt werde; daß nicht bloß alle Schranken der Koalitions- und Vereinigungsfreiheit fallen, sondern auch das Koalitionsrecht durch wirksame Strafbestimmungen gegen die Uebertreter des Unternehmensrechts gesetzlich werde und daß durch fortschreitende Demokratisierung der Reichs-, Staats- und Gemeindevorwaltungen immer mehr der Wille der stetig wachsenden Masse der wenig oder nicht besitzenden Konsumenten maßgebend wird, deren Interessen in schneidendem Gegensatz stehen zu den Interessen einer handvoll übermächtiger Kapitalisten.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* Die Lokalorganisirten Maurer Berlins hielten am 28. Oktober eine Versammlung ab, über welche der „Vorwärts“ Folgendes berichtet:

Es handelte sich in erster Linie darum, nochmals Stellung zur Wahl von Delegirten zur Gewerkschaftskommission zu nehmen. Eine Vertretung in der Gewerkschaftskommission ist bereits wiederholt abgelehnt worden. Ueber das Wandelswese einer Vertretung in der Gewerkschaftskommission herrsche in der Versammlung getheilte Meinung und traten die gegenläufigen Ansichten in der gestrigen Erörterung der zur Tagesordnung stehenden Frage offen zu Tage. Das schließliche Resultat der Abstimmung war die Annahme des Antrages, Delegirte in die Gewerkschaftskommission zu entsenden. Dietrich war demgegenüber der Meinung, daß die Maurergewerkschaft sich durch Beschlässe der Gewerkschaftskommission in ihrer Bewegungsfreiheit nicht befinden lasse. Egeleer betonte feinerseits, daß die Maurer lokaler Richtung nicht allein und selbstständig arbeiten könnten, daß sie vielmehr gehalten seien, mehr Fühlung mit den anderen Gewerkschaften zu nehmen. Bezüglich sprach seine Ansicht dahin aus, daß die Gewerkschaftskommission allmählich in das Fahrwasser des Verbundes gefangen werde. Ueber ihre eigenen Beschlässe habe jede Gewerkschaft selbstständig zu entscheiden, nicht aber die Gewerkschaftskommission. Eine Meinung ging dahin: Für die Parlamentswähler, die in Korruption anstehen, keinen Mann und keinen Feind! Die weitere Debatte über den Werth und Unwerth der Gewerkschaftskommission wurde durch einen angenommenen Schlußantrag kurzer Hand abgebrochen und schloß die Versammlung nunmehr zur Wahl von Delegirten für die Gewerkschaftskommission und fiel die Wahl auf Diarod und Egeleer. Dietrich wünschte nachdem, daß die Versammlung den Delegirten Vertretungsmacht geben möge. Wie schon vorher, wünschte er, daß die Delegirten wohl die Interessen der Berliner Maurer zu vertreten, sich aber keinen Beschlässen zu unterwerfen hätten, die die Gewerkschaft zu bestimmten Zwecken geeignet seien. Egeleer erklärte daraufhin, daß er sein Mandat sofort wieder niederlegen würde, sobald die Versammlung beschließen würde, die Delegirten mit einem gebundenen Mandate in die Gewerkschaftskommission zu entsenden. Die Versammlung lehnte eine derartige Beschlußfassung ab. Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete: „Unsere Stellung zur Presse.“ Die äußerst erregte Debatte artete hier in eine lange persönliche Polemik aus, in der von mehreren Rednern das Annoncieren und die Befamntgabe der Versammlungsberichte im „Sozialist“ lebhaft bestritten wurde. Dabei wendeten die Redner sich gleichzeitig gegen den „Bauphantazie“ und „Vorwärts“, dem sie Vernachlässigung ihrer Interessen vorwarfen. Unter Anderem stellte Egeleer die Gründung einer dritten Organisation, der „revo-lutionären Maurer“, in Aussicht. (11) Von anderer Seite wurde dieser Auffassung widersprochen und endete die Diskussion vorläufig resultatlos. Zum Schluß wurde sodann das Versammlungs-bureau beauftragt, zur Fortsetzung der Debatte eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

* Der zweite ordentliche Verbandstag der Bauarbeiter und Berufsge nossen Deutschlands tagte am 28., 29. und 30. Oktober in Nürnberg; an demselben nahmen, wie die Mandatsprüfung ergab, 24 Delegirte Theil, während der Delegirte aus Dresden fehlte. Das Bureau bestand aus den Herren: Krens, Hamburg, Wäkelmann, Altona, C. Lange, Hamburg, Wedmann, Hamburg und Wilde-Cohn, A. B. Nach erfolgter Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten machte der erste Vorredner bekannt, daß seinerseits die Generalversammlung informiert worden sei, daß vom 28. Oktober an der Verbandstag in Nürnberg tagt, und ob die Generalversammlung einen Vertreter hierzu entsenden würde. Daraufhin habe die Generalversammlung durch C. Legien geantwortet, daß sie von der Bestätigung des Verbandstages Abstand genommen hätte. Angenommen müsse werden, daß wohl die abweichende Haltung davon herrühre, daß bei einer Umfrage an die Central-Vorstände von Seiten der Generalversammlung, ob in Zukunft in den Generalversammlungen ein Vertreter der Generalversammlung anwesend sein könne, vom Vorstande dieses als nicht möglich bezeichnet wurde.

In der Debatte befaßten sich Gammann, Hamburg und Töpfer, Hamburg. Letzterer ist der Ansicht, es wäre sehr gut, wenn ein Vertreter der Generalversammlung anwesend wäre und eben so ein Vertreter der Maurer. Man hätte sich betreffs der Presse-aussprechen können. Es wäre aber auch gut gewesen, wenn ein Vertreter von uns auf dem Verbandstag der Maurer anwesend gewesen wäre.

Der gebrauchte vorliegende Geschäftsbericht behandelt die überaus leuchtige Lage der Bauarbeiter und die Schwere der Agitation in den sächsischen Provinzen. Der Stand der Mitglieder war im 4. Quartal 1892: 1752, im Jahre 1893 sogar nur: 1629, am Ende des 2. Quartals: 1793. Die Ausgabe für Agitation betrug im Jahre 1893: M. 488,40, 1894: M. 388,06. Ferner geht aus dem Bericht hervor, daß an verschiedenen Orten, wo Kollegen für den Verband agitirten, diese seitens der Unternehmer gemeldet wurden, so in Nürnberg, Wismar, Hamburg und Lüneburg. Die Ausgaben hierfür beziffert sich auf M. 212. Die Ausgaben für Reichstagswahl betragen M. 203,60. Streiks fanden im Jahre 1893 keine statt, jedoch waren in diesem Jahre zwei zu verzeichnen, in Felsburg und Lüneburg. Der erstere wurde in aller Eile zu Gunsten der Felsburger Kollegen entschieden und hatte keinerlei nachtheilige Folgen, auch hatten die dortigen Kollegen keine materielle Hilfe seitens des Verbandes gefordert. In Lüneburg dagegen ging der Streik verloren, und noch immer ist der Letzter der dortigen Kollegen gemeldet. An Untersuchung wurden den Lüneburger Kollegen M. 986,16 gezahlt. Der Klassenstand war am 31. Dezember 1892 M. 1147,93, am 31. Dezember 1893 M. 815,97, am 30. September 1894 M. 1565,03. Nach einer sehr heftigen Debatte über eine Polemik der Hamburger Poststelle contra Vorstand und einiger Mitglieder andererseits wurde dem Vorstande und Ausschuss ein Vertrauensvotum ausgesprochen und somit der Geschäftsbericht anerkannt.

Ueber die Frage: „Ist unsere Organisation in Zukunft für uns maßgebend?“ referierte C. Lange, Hamburg. Unter Anderem verglich der Redner die Interessen der Bauarbeiter mit denen der Fabrikarbeiter und folgerte aus seinen Ausführungen, daß die Bauarbeiter, wenn die Form ihrer heutigen Organisation deren Interessen nicht entspricht, weit eher in den Verband der Maurer gehören, als in den der Fabrikarbeiter. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Berufsorganisation

auch ferner beizubehalten; ferner wurde beschlossen, ein Flugblatt von Seiten der Centralverwaltung herauszugeben.

In Betreff des besiedelnden Organs wurde nach längerer Debatte beschlossen, das fernerer Ergehen des Arbeiter auf alle 14 Tage in derselben Form fortzuführen.

Bei der Statutenberathung blieben Name und Sitz des Verbandes ungewandelt. Zum § 4 wird ein Zusatzantrag angenommen, für die Monate April, Mai, Juni und Juli eine Extrafestung von je 20 A zu erheben, welche an die Hauptkasse abgeführt werden. Im Uebrigen wurden nur geringfügige Änderungen beliebt.

Als erster Vorsitzender des Verbandes wurde dann Kreis-Hamburg und als erster Kassierer sowie als Sekretär C. Lange gewählt, ferner als Revisoren: C. Resmann, Wandabst, K. R. er, Bergdorf und R. A. k. e. m. a. n. n. Altora.

Von den weiteren Beschlüssen ist zu erwähnen, daß Provinzial-Kommissionen eingesetzt werden sollen und zwar in Köln a. Rh., Bremen, Berlin, Schwerin, Dresden, Kiel und Hamburg. Um diesen Komitès Mittel zu den nothwendigsten Ausgaben zu schaffen, sollen ihnen 50 pSt. der Erträge der Agitationsmarken zugewendet werden.

Ein weiterer Antrag betraf die Unterstützung des Kollegen Schöpflin. Derselbe ist seit dem Sturz von Meißner sowie Fabrikanten-gemeinschaft, Keiner soll ihn in Arbeit nehmen. Ja, diese Maßregelung hat sich sogar auf die Wohnung übertragen.

Wiesnitzer-Harburg weist darauf hin, daß das Genossenschaftsstatut in Lüneburg hier unbedingt in Stande sei, Remedur zu schaffen. Beschlossen wurde, eine Genossenschafts-Unterstützung von 10 A zu zahlen. Bei dieser Sache wurde noch das Verhalten einzelner Lüneburger Arbeiter zur Zeit des Streiks scharf gegethelt, und denselben von Seiten sämmtlicher Anwesenden eine Mißbilligung ausgesprochen.

Unter den nächsten Beremonien erfolgte alsdann der Schluß des Verbandstages.

Die Zimmerleute von Leipzig haben eine Kommission gewählt, die über Abzüge und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Erhebungen anstellen soll.

Große Lohnreduktionen sind den Hüttenarbeitern in Thale a. S. angekündigt worden; dieselben betragen 25 bis 30 pSt. des gegenwärtigen, schon jetzt ganz geringen Lohnes. Gelder sind die circa 2000 Arbeiter, die hier von betroffen werden, garnicht organisiert, so daß sie sich mit gebundenen Händen den Unternehmern überlassen sehen.

Ein städtischer Arbeitsschutzausschuß soll nun auch in München errichtet werden. In einer der letzten Magistrats-Sitzungen wurde verhandelt, daß das Ministerium des Innern und die königliche Regierung von Oberbairern dem Magistrat die Errichtung eines städtischen Arbeitsschutzausschusses nahegelegt haben. Es wurde zur näheren Verabredung der Sache eine Kommission gewählt, bestehend aus 4 Magistratsräthen und 4 Gemeinde-Bevollmächtigten, welche sich zugleich mit den das Gewerbegericht betreffenden Fragen beschäftigen soll.

Das neue Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg, von den Arbeitern selbst begründet, ist am 1. November in Wirklichkeit getreten. Das Arbeitersekretariat erteilt unblühende Aufkunst in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerbegerichte unterliegen; in Angelegenheiten der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung; über Arbeitsschutz, Vereins- und Versammlungsberechtigung, sowie über das Fabrikinspektorat. Das Sekretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände auf und veranlaßt deren zweckmäßige Erledigung. Soweit zur Erledigung dieser Aufgabe schriftliche Arbeiten erforderlich sind, werden auch diese vom Sekretariat angefertigt.

Arbeiter-Solidarität. Aus Paris wird geschrieben: Dem schon seit Monaten im Wachsthumwert von Rive de Sier ausgebrochenen Streik suchte die Unternehmer Röhmann u. Co. dadurch zu begegnen, daß sie in Deutschland Arbeiter anwerben ließen, ohne diese jedoch von der Sache in Kenntniß zu setzen. Da sich aber die bereit-angestellten Arbeiter nicht als Streikbrecher gebrauchen lassen wollten, haben sie die Arbeit wieder aufgegeben und verlangen nun, da sie, wie sie an den dortigen Abgeordneten, Genossen Charpentier, schreiben, nach Rive de Sier nur unter der Bedingung kamen, daß der Streik beendet ist, eine Entschädigung für ihre Reisekosten und ihren Arbeitsverlust, sowie ihre unentgeltliche Verbringung in die Heimath. Das an Charpentier gerichtete Schreiben, den sie um seine Intervention in dieser Sache bitten, ist von sieben Arbeitern gezeichnet. Ob sie aber zu ihrem Rechte kommen, selbst wenn sich Genosse Charpentier, wie nicht zu zweifeln ist, diese Sache besonders angelegen sein läßt, das bleibt noch abzuwarten.

Einer weiteren Mitteilung zufolge sind diese sieben Arbeiter aus Frankreich ausgewiesen worden. Wännen sie sich als Streikbrecher brauchen lassen, sie hätten ruhig in Heimathland bleiben dürfen.

Zur Lebenshaltung der deutschen Maurer.

(Schluß.)

Nonnenknechtliche.

a) Verheirathet, keine Kinder.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 748,84.

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel Bier, Branntwein und Tabak für den Mann M. 484,64, oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 44 2/3 Pfennig, wobei jedoch zu beachten ist, daß für Eier, Milch und Salz keine Ausgabe postea angeworfen sind.

b) Ledig.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 868,20.

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag etwas über M. 1,15.

Parchim.

a) Verheirathet, drei Kinder.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 988,90.

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel Bier, Branntwein und Tabak für den Mann M. 652,60 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 51 Pfennig.

b) Ledig.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 851,45.

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag M. 1,16.

Wartin.

a) Verheirathet, zwei Kinder.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 899,14.

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel Bier, Branntwein und Tabak für den Mann M. 576,16 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 52 2/3 Pfennig.

b) Ledig.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 1088,62.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Transport, Gesundheitspflege, Vergnügen und Versammlungsbefug, Handwerkszeug. Total sum: 1088,62.

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag M. 1,85.

Barrentin.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Verheirathet, vier Kinder, Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 784,58.

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel Bier, Branntwein und Tabak für den Mann M. 418,03 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 29 2/3 Pfennig, wobei zu berücksichtigen ist, daß für Fleisch, Butter u. kein Posten in Ansatz gebracht worden, diese Nahrungsmittel daher aller Wahrscheinlichkeit nach durch mit Handwerkszeug verbundene Beschäftigung gewonnen wurde. Der Restbetrag des Budgets hat die Summe von M. 348,18 als Ertrag der Landwirtschaft angegeben.

b) Ledig.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 686,56.

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag 90% Pfennig.

Rothschau.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Verheirathet, zwei Kinder, Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 1228,00.

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel Bier, Branntwein und Tabak für den Mann M. 691,60 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) 63 2/3 Pfennig.

b) Ledig.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 1070,80.

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag M. 1,26.

Wegesat.

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Verheirathet, zwei Kinder, Nahrungsmittel, Schmalz, Speck, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Obst, Wein, Spirituosen, etc. Total sum: 563,18.

Transport M. 563,16	
Für Genußmittel: Kaffee und Thee M. 33,50, Salz und Gewürze 5,20, Bier 7,80, Branntwein 127,40, Tabak und Zigarren 13, 187,90	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche, Mägden zc. 140,60	
Hausstandsgüter, Mobilien zc. 60,-	
Schulgeld, Schulbücher zc. 3,20	
Steuern 5,-	
Wohnungsmiete 78,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 14,90	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 30,96	
Gesundheitspflege (Arzt, Apotheke, Bäder, Barbier zc.) 20,-	
Vergnügen und Versammlungsbefuch 40,-	
Beleuchtung und Feuerung 62,80	
Handwerkzeug und Versicherungen 2,50	
Summa M. 1203,92	

Die Ernährung der Familie kostete also nach Abzug der Genußmittel, Bier, Branntwein und Tabak für den Mann M. 602,16 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 57 Pfennig.

b) Ledig.	
Für Nahrungsmittel (Grain, Mittagessen, Welpen, Abendessen) M. 364,-	
Genußmittel: Bier M. 93,60, Branntwein 109,20, Tabak und Zigarren 20,80 223,60	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche zc. 69,-	
Steuern 2,-	
Logis 180,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 14,20	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 19,12	
Gesundheitspflege (Bäder, Barbier zc.) 26,-	
Vergnügen und Versammlungsbefuch 4,-	
Handwerkzeug 4,-	
Summa M. 851,92	

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag betriebe M. 1,-

Cashabau.

a) Verheiratet, drei Kinder.	
Für Nahrungsmittel: Brot M. 180,-, Butter 44,20, Schmalz 59,-, Speck 208,-, Fleisch, Fisch, Wurst zc. 26,-, Mehl 52,-, Eier 15,00, Milch 36,40, Jucker 10,40, Hülsenfrüchte, Reis, Kraut zc. 26,-, Kartoffeln und Gemüse 39,-, Essig und Del 2,60 629,20	
Genußmittel: Kaffee und Thee M. 62,-, Salz und Gewürze 5,20, Bier 20,80, Branntwein 15,60	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche, Mägden zc. 115,-	
Hausstandsgüter, Mobilien zc. 10,-	
Schulgeld, Schulbücher zc. 6,-	
Steuern 14,95	
Wohnungsmiete 120,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 12,60	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 10,-	
Gesundheitspflege (Arzt, Apotheke, Bäder, Barbier zc.) 25,-	
Vergnügen und Versammlungsbefuch 10,-	
Beleuchtung und Feuerung 34,40	
Handwerkzeug und Versicherungen 19,90	
Summa M. 1212,05	

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel, Bier, Branntwein und Tabak für den Mann M. 686,40 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 53 1/2 Pfennig.

b) Ledig.	
Für Nahrungsmittel (Grain, Mittagessen, Welpen, Abendessen) M. 400,40	
Genußmittel: Bier 62,40, Branntwein 31,20, Tabak und Zigarren 15,60 109,20	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche zc. 115,-	
Steuern 6,-	
Logis 156,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 13,-	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 16,64	
Gesundheitspflege (Bäder, Barbier zc.) 6,-	
Vergnügen und Versammlungsbefuch 156,-	
Handwerkzeug 8,-	
Summa M. 986,24	

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag M. 1,10.

Läden.

a) Verheiratet, zwei Kinder.	
Für Nahrungsmittel: Brot M. 143,-, Butter 114,40, Schmalz 15,60, Speck 26,-, Fleisch, Fisch, Wurst zc. 95,90, Mehl 15,60, Eier 31,20, Milch 46,80, Jucker 18,72, Hülsenfrüchte, Reis, Kraut zc. 18,72, Kartoffeln und Gemüse 41,60, Essig und Del 2,60 573,04	
Genußmittel: Kaffee und Thee M. 41,60, Salz und Gewürze 10,40, Bier 52,-, Branntwein 36,40, Tabak und Zigarren 20,80 161,20	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche, Mägden zc. 90,-	
Hausstandsgüter, Mobilien zc. 35,-	
Schulgeld, Schulbücher zc. 12,-	
Steuern 11,-	
Wohnungsmiete 160,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 24,30	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 24,-	
Gesundheitspflege (Arzt, Apotheke, Bäder, Barbier zc.) 16,60	
Vergnügen und Versammlungsbefuch 15,-	
Beleuchtung und Feuerung 45,-	
Handwerkzeug und Versicherungen 9,75	
Summa M. 1176,89	

Die Ernährung der Familie kostete somit nach Abzug der Genußmittel, Bier, Branntwein und Tabak für den Mann M. 625,04 oder pro Kopf und Tag (zwei Kinder für einen Erwachsenen gerechnet) durchschnittlich 57 Pfennig.

b) Ledig.	
Für Nahrungsmittel (Grain, Mittagessen, Welpen, Abendessen) M. 400,40	
Genußmittel: Bier M. 62,40, Branntwein 31,20, Tabak und Zigarren 15,60 109,20	
Wäsche, Kleidung, Fußzeug, Seife, Wäsche zc. 115,-	
Steuern 6,-	
Logis 156,-	
Bildungsmittel (Vereinsbeiträge, Zeitungen, Schreibmaterial, Wohlthätigkeit) 13,-	
Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung 16,64	
Gesundheitspflege (Bäder, Barbier zc.) 6,-	
Vergnügen und Versammlungsbefuch 156,-	
Handwerkzeug 8,-	
Summa M. 1099,05	

Die Ernährung des Ledigen kostete somit pro Tag M. 1,10.

Wie sich aus dieser Zusammenstellung ergibt, erreichen die durchschnittlichen Ausgaben für Ernährung einer erwachsenen Person bei den Familienbudgets in keinem Orte den für die Naturverpflegung der Soldaten gültigen Satz von M. 1. Den höchsten Durchschnittssatz weist das Budget aus Wilhelmshagen mit 76 1/2 % auf, den niedrigsten Durchschnittssatz dasjenige aus Reichenbach i. B. mit 26 1/2 %. Und wir haben überall zwei Kinder für eine erwachsene Person gerechnet, was in sehr vielen Fällen zu niedrig veranschlagt sein dürfte. Bei den Budgets der Ledigen stellten sich die durchschnittlichen Ausgaben für Ernährung bedeutend höher: den höchsten Betrag weist das Budget aus Paris mit M. 1,85, den niedrigsten dasjenige aus Rathow mit ja. 78 % auf. Es muß aber beachtet werden, daß in diesen Preisen das Entgelt bezw. der Verdienst der sich mit Beschäftigung Lediger gemeinschaftlich beschäftigten Personen enthalten ist und daß der eigentliche Betrag der Nahrung derjenigen der oben bei den Familienbudgets angegebenen wenig übersteigen dürfte. Die Einkünfte der angeführten Budgets waren also mit wenigen Ausnahmen nicht im Stande, sich für den für ihre schwere Arbeit erhaltenen Lohn eine den dürftigsten hygienischen Ansprüchen entsprechende Nahrung zu beschaffen. Und ebenso, wie es bei der Nahrung der Soldat ist, steht es auch mit allen anderen Lebensbedürfnissen. Der Mann muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Ausgaben-Budgets durchschnittlich die höchsten Lohnneinnahmen der Statistik in den einzelnen Orten erreichen, und daß daher alle diejenigen Kollegen, welche nicht zu den wenigen Glücklichen gehören, die derartige Einkünfte zu verdienen haben, mehr oder weniger mit einem der übrigen den „Schwachstimmigen“ enger zusammenzusehen müssen, da die übrigen Ausgaben in den meisten Fällen eine Verlingerung kaum zulassen. Zeit dann eine unverspottete längere Arbeitslosigkeit ein, dann heißt es: Laßt alle Hoffnung fahren! Die Abzahlung der dem naturgemäß sich anhäufenden Schulden ist, wenn überhaupt, nur in einer längeren Reihe von Jahren möglich, d. h. wenn die Betroffenen überhaupt noch kreditfähig sind. Der Rest ist Hunger oder ein Strich! Es weist hier zu weit führen, auf die einzelnen Punkte des Budgets näher einzugehen. Wir verweisen vielmehr auf die Broschüre des Reichsausschusses der Arbeiter: „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter“ (Verlag von H. Schmidt, Dresden, 1892) und empfehlen den Lesern die Besprechung der Resultate der Statistik pro 1892/93 in den Veranlagungen unter Berücksichtigung der in der genannten Broschüre aufgestellten Notmaßstäbe auf das Angelegentlichste.

Ein brutaler Gewaltstreik

ist vom Ministerium Crispi in Italien gegen die Arbeiterorganisationen verübt worden. Der italienische Monarch hat seinem Schanzregiment die Krone aufgesetzt. Mit einem Schlage sind sämtliche Arbeiterorganisationen im ganzen Königreich, viele Hunderte an der Zahl, aufgelöst worden. In Venedig und Umgebung sind diese durch den Wille des Präfecten stufenweise aufgelöst worden, Arbeitervereine, Gewerkschaften, darunter die gesamte Organisation der Mailänder Arbeitervereine, zu der die bürgerliche Stadtverordneten-Versammlung 15 000 Francs jährlichen Zuschuß gibt, zerstört worden. Die Seite dieser Verbände, auch die Arbeitervereine, wurden mit Militär- und Polizeigewalt überfallen, alle Schriften, die vorgefunden wurden, geraubt, die vorhandenen Kassenscheine gestohlen, die Embleme von den Wänden gerissen und mitgenommen, bei allen hervorragenden und bekannten Persönlichkeiten, die der sozialistischen Arbeiterpartei Italiens angehören, Hausdurchsuchungen gehalten.

Der brutale Wille des Präfecten von Mailand, des Herrn Binpeare, einer Kreatur Crispi's, die dieser eigens erst kürzlich für das von ihm in den Tod gekochte Mailand ausgesandt hat — er wurde ja hier öffentlich aufgeführt und muß sich dafür blutig rächen — nimmt für die Gewaltthat ausdrücklich Bezug auf das Schanzgesetz vom 1. Juli 1894 und auf eben denselben Artikel 5 dieses Gesetzes, dessen Uebersetzung in der Kammer nur durch die feierliche Erklärung Crispi's ermöglicht wurde, daß der Artikel auf die organisirten Vereine der sozialistischen Arbeiter keine Anwendung finden könne. Der Wille sagt, die sozialistische Arbeiterpartei Italiens habe in ihrem Programm offenbar den Grundzug des Klassenkampfes aufgestellt. Indem sie jede Mischung der bürgerlichen Klassen und Parteien zur Erreichung der Ziele ihres Programms zurückweise, offenbare sie ihren Charakter, nämlich die nichtliche Bestimmung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Die sozialistische Partei der Arbeiter habe sich außerdem ausdrücklich mit den Anführern und revolutionären Führern der Bewegung in Italien und in Venedig-Garara, welche jetzt ihre Strafen verbüßen, einverstanden erklärt; schon dies allein beweise ihre nichtliche Tendenz. Auch das Arbeiterkonsulat in Mailand (der große blühende und sehr gemüthliche Verband des Consolato operaio, der fast nur Kleinbürgerliche Handwerkervereine umfaßt), habe sich im letzten Jahre ganz dem Sozialismus ergeben und theile daher dessen Schicksal. Es folgen nach dieser Begründung die mit Namen angeführten stufenweise aufgelösten Vereine, Verbände, Kooperations-Gesellschaften, Konsum-Gesellschaften, Arbeiter-Bildungsvereine, Gesellschaften privater und öffentlicher Natur und so weiter und so weiter. Es folgt endlich die Bestimmung, daß

alles Eigenthum und Vermögen der genannten Gesellschaften mit Beschlagnahme versehen, jeder Widerstand nach den anderen Bestimmungen des Schanzgesetzes zu bestrafen sei.

In einer Korrespondenz, welche der „Bormio“ aus Belfort erhielt, heißt es: „Der Schlag wirkt vorläufig noch beruhigend, die empfindlichen Arbeiter, die er mit sich führte, sind noch nicht überflüssig besorgt. Die ganze schürftige Gewaltthat kann in ihrer Bedeutung und Tragweite erst allmählig zum Bewußtsein derer kommen, denen noch ein Funke von Denkfähigkeit geblieben ist.“

Als geschehen wird Crispi seine Maßregel nicht vertheidigen können. Denn das Anarchistengesetz vom 19. Juli d. J. auf das die Auflösung der Vereine gegründet werden soll, hat von Crispi selbst eine Interpretation erfahren, welche seine Anwendung in diesem Falle keineswegs zu rechtfertigen vermag. Crispi verlangte Maßnahmen gegen jene Individuen, welche die Sicherheit der Familie und des Eigenthums angreifen und deren Wert sich in Verödung ausbreitet. Ja, Crispi sprach ausdrücklich von dem „neuen, seit kurzem entstandenen Streik“, und sagte dann wörtlich hinzu: „Ich vertheile den Republikaner, ich vertheile den Sozialisten, aber den Anarchisten vertheile ich nicht; er liegt außerhalb des gemeinen Rechts, und was Sie auch gegen ihn beschließen mögen, wird immer gerechtfertigt sein.“ Und der Justizminister erklärte zu weiterer Berichtigung der Kammer über etwaigen Mißbrauch der in Vertheilung befindlichen Vorlage, daß „diese Maßnahmen (nämlich das Zwangsverbot) auf die wahren Anarchisten beschränkt bleiben und nicht auf gemeine Verbrecher ausgedehnt werden sollen, und um so weniger auf politische Verbrecher, oder gar auf Den, der nur für seine Meinung tabellarisch steht.“ Auch viele Abgeordnete haben ihre Zustimmung zu dem Gesetze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß es nicht auf die sozialistische Bewegung angewandt werden dürfe. Es sind aber nicht nur sozialistische Vereine aufgelöst worden, die mit dem Anarchismus nichts gemein hatten, sondern man hat auch zahlreiche Arbeitervereine getroffen, die nicht einmal etwas mit dem Sozialismus zu schaffen hatten.

Die Gegenaktion der italienischen Genossen hat nicht auf sich warten lassen. Sie haben sofort einen Bund zur Vertheidigung der Freiheit gebildet, dem sich auch freisinnige Männer anderer Parteien angeschlossen haben. Der Bund hat folgenden Zusatz aufgestellt:

„Gegenüber dem Anarchismus der Anarchisten, Jesuiten und Gewaltthat, durch welche die staatlichen Rechte, indem sie die verfassungsmäßigen Grundlagen des nationalen Rechts zerstören und die durch unsere Revolutionen geknüpften Grundzüge verlegen, Treibe des Hasses und der Wuth sind und Italien wieder in den Nachgrab der Privatfaktion zurückfallen, halter die unterzeichneten Bürger die Zeit für gekommen, alle der wahren Freiheit ergebenen Kräfte zu einem Bunde zu vereinigen, um dem Verfall der Werke eines wahnsinnigen Geistes ein „Genug“ zuzurufen.“

„Angenblicklich muß vor Allem dafür Sorge getragen werden, daß die elementaren Freiheiten gewahrt bleiben: Denk-, Rede-, Vereinigungs-, Versammlungs-, Pressefreiheit, ohne welche keine Nation, kein Fortschritt, kein Friede existirt.“

„Diese Freiheiten sind zur Fronie geworden, werden mit Füßen getreten und gering gehalten, wie es bis jetzt noch niemals der Fall war.“

„Wir wollen einen italienischen Bund zur Vertheidigung der Freiheit“ gründen. Dieser Bund steht über den Parteien, Schulen, persönlichen oder Gruppeninteressen. Die Privatfaktion vertheidigt sich.

„Diesen Bunde werden alle beitreten, die noch Sinn für Menschlichkeit und nationale Würde haben. Er wird in allen Formen den Protest gegen den Uebermut und die Uebergriffe der Gewalt darstellen. Sobald eine ansehnliche Anzahl von Unterschritten erfolgt sein wird, sollen ein Centralausschuß und Bezirksausschüsse ernannt werden, um die Arbeit fortsetzt zu gestalten.“

„Die Mailänder Blätter: „Volta di classe“, „Battaglia“, „Italia del popolo“ und „Scelo“ und alle anderen italienischen Blätter, welche sich diesem Aufruf anschließen wollen, werden Unterschritten sammeln.“

„Es handelt sich darum, in Erfahrung zu bringen, ob Italien auch der Zahl der zivilisierten und freien Nationen verschwinden will.“

Unterschiedet ist der Aufruf u. a. von untern Genossen, dem Abgeordneten Rampoloni, von den radikalen Abgeordneten Cavalotti, Mussi, Luigi Rossi, Marcora, Riccardo Lugatto, Engel, ferner von vielen gewählten Abgeordneten, von Vertretern, Advokaten, Ingenieuren und anderen angesehenen Bürgern der Stadt Mailand. Im Ganzen trägt er 192 Unterschritten.

Situationsberichte.

München.

München. (Bericht.) Eine öffentliche Mauererversammlung fand am 9. Oktober in Koppelman's Salon statt. Der Reichstagsabgeordnete v. Elm revidierte in derselben über das Koalitionsrecht und die reaktionären Bestrebungen der herrschenden Klassen. Neben erörterte die Entstehungsurachen der Koalitionen und stützige in Italien zeigen die Interessensphäre innerhalb der heutigen Gesellschaft, wie insbesondere die Ausbeuter und Arbeiterinteressen sich schroff gegenüberstellen. Der Ausbeuter trachte nach billigen Arbeitskräften und uneingeschränkter Ausbeutung derselben, währenddem der Arbeiter sich möglichst hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit freue. Diese Interessensgegenüberung führe zu den Koalitionen und diese euklaren daher als natürliche Verbindungen und alle gesetzmäßigen Maßnahmen, solche natürliche Wandlungen zu unterdrücken, erweisen sich schließlich als sinnlos, sobald die in Frage kommenden Bundesgenossen reb. Interessenten nur nachdrücklich ihre Rechte in wirtschaftlicher Beziehung vertheidigen würden. Neben führt die verschiedenartigen Koalitionen der Ausbeuter und Arbeiter vor und zeigt, wie sich gerade aber die weitverbreiteten und wohlwollenden Ausbeuterorganisationen eines ausbreitenden Maßes staatlichen Schutzes erfreuten, während gegen die Arbeiterkoalitionen die Parole „gegen den Umsturz“ in neuester Zeit ausgespielt werde. Sodann wird den Zuhörern ein schreiender historischer Rückblick auf die Bergangenheit wirtschaftlicher Kämpfe und Organisationen vor Mittelalter her in feilscher Weise geboten und darzulegen, wie die Handwerkerzünfte, Zünfte, Gesellenbünde zc. einzig und allein den Zweck hatten, die Vorherrschaft der Arbeit nach Möglichkeit zu sichern. Nachdem Neben noch eine kurze Schilderung der Thätigkeit der größeren englischen Gewerkschaften in den

das häßliche Sünden der Arbeitshörs. Noch mehr aber als diese häßliche Verschlechterung unserer Lebenshaltung laßt die Unthätigkeit der Arbeiter schwer auf uns. Niemand von uns wisse, ob er nicht morgen auch beschäftigungslos werde. Der Referent wies auf die Organisation hin und forderte die Anwesenden auf, sich immer fester aneinander zu schließen, denn in Stuttgart müssen diesen Zuständen Einhalt geboten werden. Nur durch gemeinsames Handeln werden wir vorwärts kommen. Nachdem die Kollegen Käming und Schmidt die Ausführungen des Referenten unterstüßten, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung Kollege S. Schmidt als Delegierter zum Gewerkschaftstreffen gewählt. Im Verchiedenen wurde über den Bau Altmann diskutiert, wo die Maurer die Arbeit wegen zu geringen Lohnes, 32%, 4 pro Stunde, eingestellt haben. Diese Kollegen sind gemäßigter worden. Jetzt haben Buder angefangen, welchen 85 % versprochen wurden, sie bekommen aber auch nur 32%, 4. Diese Kollegen waren nicht im Verband, drei davon haben sich aufnehmen lassen. Sie haben unterschreiben müssen, daß ihnen das Weisheit und Schöpfertrinken verboten sei und daß sie anständig und gesittet gegen den Bauherrn sich zu verhalten haben. Herr Altmann fuhr unter dem Einflusse des Pastor Mans stehen, weil er bei ihm wohnt. In seinem Schlußwort forderte der Referent die Kollegen nochmals auf, sich der Organisation anzuschließen.

Bresden. Am 30. Oktober tagte im großen Saale des „Lionon“ eine öffentliche Maurerverammlung. Ueber die bevorstehende Wahl zur Ortskrankenkasse referierte Kollege Kolle; derselbe führte aus, die Krankenkassen seien wohl nicht zu unterschätzen, nur die Bauhandwerker leisten dafür zu wenig Interesse. Genau wie die Organisation hinterzögen, so kümmerten sie sich auch nicht um Krankentaggelangelegenheiten, und doch sollte der Arbeiter die meisten Rechte, die er in der bürgerlichen Gesellschaft hat, so viel wie möglich ausnützen. In nächster Zeit seien die Arbeitervertreter zur Ortskrankenkasse zu wählen, und da die meisten Maurer der Ortsliste angehören, so sei von der Organisation Stellung dazu genommen, um Leute, die gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, hineinzu bringen. Die jetzigen Vertreter der Baugewerke in der Ortskrankenkasse seien in Wirklichkeit keine Vertreter der Arbeiter, indem die Parole in entgegengekehrter Richtung handelt und die Mitglieder von der Fassung hineinzielen. Besonders sollten die neu gewählten Delegierten sich zur Aufgabe machen, zu verlangen, daß das Markensystem eingeführt werde, welches für die Bauhandwerker wertvoll sei, um so dem Arbeitgeber die Kontrolle zu entziehen. Heute seien jeder Unternehmer aus dem Mittelstande, wie lange der betreffende Arbeiter bei diesem oder jenem Unternehmer gearbeitet habe, das müsse bezeugt werden durch Einführung des Markensystems. Auch ging der Referent mit der hier bestehenden Maurerkasse (auch „Buderklasse“ genannt) scharf in's Gericht und gestellte ihr Verhalten gegenüber der Organisation, indem diese Elemente nur beiseite seien, der modernen Arbeiterbewegung entgegenzuwirken. Sodann wurden 16 Kollegen als Delegierte und zwar 8 Alt- und 8 als Eschmannner gewählt. Darauf erfolgte die Abrechnung des Vertrauensmannes vom letzten Quartal. Da der Vertrauensmann, Kollege Hählich, nicht zugegen war, wurde die Abrechnung unter Zustimmung der Versammlung von einem Referent verlesen. Die Einnahme betrug: Rosenbestand vom vorigen Quartal M. 123,87, vierteljährliche Einnahme M. 1668,70, Summa M. 1792,57. Ausgabe: An die Hauptkasse M. 1118, - lokale Ausgaben M. 402,20, Summa M. 1518,20. Rest Rosenbestand M. 274,37. Die Mittelberichter betrug am Schluß des Quartals 907. Zum Schluß forderten noch einige Kollegen energisch zur Agitation auf und wurde mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung die Versammlung geschlossen.

Zwickau. Am 14. Oktober wurde hier eine öffentliche Maurerverammlung abgehalten, zu welcher Herr Medelhorst als Referent genommen war. Im Allgemeinen sprach er von der gegenwärtigen misslichen Lage, die schon zu einer Krise übergegangen sei. Von einer Krise nur im eigenen Lande könne nicht mehr gesprochen werden, da die Naturverhältnisse der verschiedenen Erdteile verschieden seien und so der Verkehr untereinander unbedingt erfolgen müsse. Durch technische Fortschritte und gegenläufige Ueberbieten der Produktion, das nur darauf gerichtet ist, den Konkurrenten zu überholen, werde der Markt mit Waaren überflutet und andererseits die Lebenshaltung der Arbeiter durch geringe Löhne herabgedrückt, wodurch die Kaufkraft des Volkes gelähmt würde. Konflikte und Kämpfe müßten in Masse folgen, was am schwersten der Proletariat zu tragen hat. Daß der Arbeiter seine Lage durch fromme Organisation bessern könne, sei sicher, und es müsse daher Jeder darauf sehen, daß, wenn der Geschäftsgang ein besserer werde, ein Vorbehalt für ihn mit Herabsetzung. Die gut besuchte Versammlung sollte dem Referat allgemeine Anerkennung.

Am 27. Oktober referierte Kollege Hählich vor einer von 65 Personen besetzten Versammlung über „Armut und Kapitalismus“. Der Referent wies auf die Geschichte nachzuweisen, daß sich das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter öfters geändert habe, aber immer bleibe der Letztere ein Spielzeug der Unternehmer. Weiter stieß er die englischen Verhältnisse, wo die Arbeiter königliche Kräfte zu bestehen hatten wie jetzt in Deutschland. Besonders betonte er, daß die Lebenshaltung der Arbeiter niedriger sei, als bereits von vielen Autoren als unbedingt erforderlich festgestellt worden ist. Zum Beweise der Erzeugung einer besseren Lebenshaltung sei es nötig, daß die Arbeiter sich organisieren. Jedoch sei dies hier in Sachsen etwas schwerer als anderwärts, weil Arbeiter durch verschiedene Beispiele befehlige, aber auch dieses werde überwinden. Jedoch schloß unter lauten Beifall der Anwesenden. Zur Sprache kamen noch Ernst Berger, Heinz und Hermann Berger.

Bielefeld. Am 21. Oktober fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Baufestigkeit statt. Nachdem die Berichte erlesen waren und sich drei Kollegen hatten aufnehmen lassen, erhaltete die Kommissionsbericht, dieselbe empfahl als geeignete Lokal dasjenige des Wirtes W. Fohrmann, Buderstraße 4, worauf dieses Lokal von der Versammlung einstimmig als unser Vereinlokal bestimmt wurde. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in dem neuen Lokale zu erscheinen. Dann wurde bekannt gegeben, daß Kollege Göttsch aus Zwickau am 6. November in obigem Lokale in einer öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung sprechen wird. Unter „Verchiedenes“ wurden die Kollegen von mehreren Seiten aufgefordert, thätig für die streikenden Weber und Weberinnen einzutreten,

damit dieselben nicht der Willkür des Kapitals zum Opfer fallen. Dann wurden noch einige Angelegenheiten erleset und hierauf die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Münster. Am 31. Oktober sollte hier eine öffentliche Maurerverammlung stattfinden, dieses war jedoch nicht möglich, da für diesen Tag kein Lokal für diesen Zweck zur Verfügung stand. Am 1. November eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung einberufen, auch diese wäre bald gescheitert, denn der Lokalwirt erklärte, die Versammlung könne nicht stattfinden, weil ihn die wohlthätige Ortspolizeibehörde mit der 11 Uhr-Polizeistunde besetzt hatte. Nach längerer Unterhandlung erklärte er sich jedoch mit der Abhaltung der Versammlung wieder einverstanden. Nach Erledigung des ersten Punktes, in welchem sich mehrere Kollegen aufnehmen ließen, sprach Kollege B. P. 10 von aus Glensburg über die Entwicklung der Technik. Er legte in einem 1 1/2 stündigen Vortrag klar, wie die Dampfkraft und die technische Wissenschaft den Arbeiter theilweise unterjochte, aber im Großen und Ganzen nutze, da sie doch hauptsächlich für den Profit des Kapitals angewandt werden. Er führte einige Beispiele an, wie die Dampfmaschine nicht allein früher das doppelte Kohlenquantum verbrauchte, sondern auch heute in einem Zeitraum von 8-10 Tagen dieselbe Strecke zurücklege, für welche sie früher Monate lang bedurfte. In der Papierindustrie sei die Maschine sowohl in Anwendung, daß die in derselben beschäftigten Arbeiter den Aufwandskosten gleich seien. Was die Mitglieberschaft anbetreffe, so wird der Arbeiterlohn so herabgedrückt, daß es eben nicht möglich wäre, davon zu leben. Nur in unserem Gewerbe sei die Maschine nicht direkt in Anwendung; man habe es wohl schon bemerkt, jedoch habe sich dieses nicht bemerkt. Aber aus den Einrichtungsarbeiten, wie z. B. Brückenbauten, Steine und Material zu transportieren, werden Maschinen verwendet und somit ein großer Teil der Arbeiter arbeitslos auf die Landstraße getrieben. Jedoch schloß seine Rede mit der Bitte an die Kollegen, thätig zu agitieren und den sich fernstehenden Kollegen die Theilnahme an der Organisation anzubieten, sehr zu legen. So die Versammlung nach 1 1/2 Stunden rüßte, setzte man für 12 Stunden, wo die 12 Stunden rüßte, für 11 Stunden rüßte, agitieren und in geschlossenen Reihen den Kampf mit dem Kapitalismus aufnehmen, dann würde der Sieg nicht fern sein. Darauf kritisierte die Mitglieder die Rede des Referenten, hier am Orte. Im Saale „Verchiedenes“ wurden mehrere Kollegen über die Belegungsfrage. Da die Zeit verstrich, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Dank an den Referenten für den sehr interessanten Vortrag und der Empfehlung an die Kollegen, die Worte des Referenten wohl zu Herzen zu nehmen und danach zu handeln.

Stuttgart a. S. Am 28. Oktober fand in der Bauerei Klüppel die Mitglieder-Versammlung der Baufestigkeit statt. Der Vorsitzende Mann er erklärte die Verhältnisse der konstanter Maurer, welche sich in Bezug auf die Organisation als geradezu unzureichend gesehen. Weiter erklärte er, daß der hiesige Arbeiterstand, Bildung, zur Niederlegung seines Amtes gezwungen worden sei, weil derselbe seine Pflichten vernachlässigt habe, und wurde sofort zur Bewusstheit gefordert und der Versammlung als Verantwortlicher gewählt. Die hiesigen Kollegen waren aber der Meinung des seitigen Verantwortlichen fernweg überredet, denn das Vertrauen zu demselben war schon seit einiger Zeit geschwunden. Dann wurde beschlossen, zwei Bewerber zur Abgabe der Kassierenden Posten zu wählen. Als stellvertretender Verantwortlicher wurde Kollege Reich und als Kassierer Kollege Frey gewählt. Mit dem Beschlusse, daß die Kollegen es sich zur Aufgabe machen, den inaktiven Arbeitern die Augen zu öffnen, wurde die Versammlung geschlossen.

Stuttgart i. G. Am 28. Oktober fand die zweite Mitglieder-Versammlung unserer Baufestigkeit statt. Die Mitglieder-Versammlung werden am 3. Sonntag jedes Monats, Vormittags von 10-12 Uhr, abgehalten. Außerdem sind jeden Sonntag von 10-12 Uhr im Vereinslokal Vorstandsmitglieder anwesend, um beitrete Kollegen in den Verband aufzunehmen. In der Versammlung wurde beschlossen, daß es Pflicht aller Mitglieder sei, der Belegung eines verstorbenen Mitgliedes beizuwohnen, anderenfalls eine Strafgebühre von 20 % beim Nichtersehen zu entrichten ist. Entschädigung ist auszusprechen. In Zukunftkontrollen wurden die Kollegen D. F. und S. u. v. d. gewählt.

NB. Den Mitgliedern diene hiermit zur Nachsicht, daß ein jeder Verbandsmitglied den „Grundstein“ durch die Zeitungsbeiträge ausgeht bekommt. Wegen Nichtzahlung der Zeitung wurde man sich an W. H. Kauf, Gr. Stadteigasse 8.

Bauhandwerker.

Peterow. Am 28. Oktober hatten wir im Lokale des Herrn Buder eine öffentliche Versammlung der Maurer und Bauhandwerker, in welcher Kollege Stenig aus Hamburg über „Das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation“ unter dem Beifall der Anwesenden sprach. Die Versammlung war von 40 Mann besucht. Nach Schluß der Versammlung wurde ein dreites Hoch auf die Organisation ausgebracht.

Schlußwort S. H. Am 1. November tagte im Oshofe „zur Wartburg“ eine schwach besetzte öffentliche Bauhandwerker-Versammlung unter dem Vorsitz der Kollegen B. n. n. r. i. c. h. und S. H. m. e. Kollege Hählich aus Bresden referierte über das Thema: „Kapitalismus und Armut“. Jedoch ergründete ein Blick auf die Verhältnisse in England, wie sich dort besonders gegen das Ende des Mittelalters der soziale Gegensatz zwischen Besitzenden und Arbeitenden mit der Aufhebung der Lehnmanufaktur herausgebildet habe. Durch unethische Aneignung des Eigentums der kleineren Grundbesitzer von Seiten des Adels wurden die Ersten mittel- und kleinbäuerlich und dem Lande bald eine Laie, ja die jeglichen Verarmungsweg, dem die Landbevölkerung bevölkert, sofern sie nicht durch Beschäftigung in der Wolllanufaktur ihre Existenz fristen konnten. Diese durch den Adel geschaffenen Hindernisse machte jedoch die Begünstigung durch geistliche Strenge zu bestehen. So wurden unter Heinrich VIII. 72.000 Löhler zu kleinen Grundbesitzern Bauern herabgedrückt und auch während der Regierung Elizabeth kamen deren 300-400 an den Galgen. Der stetig anwachsende Handel Englands trug noch mehr dazu bei, daß er einen Seite den Kapitalismus, auf der anderen Seite die bestellten Arbeitermassen zu schaffen. Durch das Verbot der Organisationen von Arbeitern ließ die Regierung deren Lage nur noch verschlechtern. In Deutschland waren es zunächst im Mittelalter die Beamten der Gerichte, welche durch Aneignung der Rechte der kleineren Grundbesitzer schmähten und sich schließlich zu Herren des

Landes erhoben. Während anfänglich die Bauern befreit waren, zu legen und ihr Reich zu weiten, wo es ihnen beliebt, setzten sich diese Herren wieder durch die Über Gewalt in den Land der Grundbesitzers. Besonders war dies in Ost- und Westdeutschland der Fall. Gegen die Väter, wie sie sich auch zur Zeit der Reformation unter den einzelnen Herrschern zeigte, wandten sich besonders die beiden Reformatorn Luther und Melancthon sehr scharf. Gerade um jene Zeit entstand der Großgrundbesitz. Eine im Jahre 1799 in Westfalen aufgestellte Statistik führte die Zahl der kleineren Grundbesitzer mit 12.645 auf, während man 50 Jahre später (1849) deren nur noch 1213 zählte, das Eigentum der Uebrigen also von dem Großgrundbesitzer verschlungen worden war. Doch auch dem Gewerbe blieb ein nachtheiliger Umfassung nicht erspart, denn durch den allmählich aufsteigenden Handel und Verkehr wuchs auch stetig die Konkurrenz. Man suchte durch Maßregeln die menschlichen Arbeitskräfte zu entzwingen und schuf dadurch die große Heere Arbeitsloser. Eine vor einigen Jahren vom Statte aufgestellte Statistik, wie viel Personen Armenunterstützung beziehen, wies die enorme Ziffer von 1.692.886 auf. Einen gleichen Schalten auf die bestehenden Verhältnisse werten auch die Berichte der Statteinschätzungskommissionen in Sachsen, wonach dortselbst 42 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen ein Einkommen von weniger als M. 500 haben. Die vor längerer Zeit von einem Amtsvorsteher im sächsischen Weichselthal angestellten Ermittlungen bezüglich der Abne in hiesigen Bezirke ergaben ein noch traurigeres Resultat. Nach diesem erreichten die dortigen Weber, mit der ganzen Familie arbeitend, in drei Lohnklassen einjährlich, einen Tagesverdienst von: 1. Klasse 78 S., 2. Klasse 64 S., 3. Klasse 26 S. Ein Bauer dortiger Gegend ermittelte in seinem Kirchspiele nur drei steuerpflichtige Personen: den Lehrer, den Wägenbesitzer und sich selbst, während alle übrigen Bewohner ein jährliches Einkommen von unter M. 200 haben. Im Weiteren verbreitete sich Weber dann noch über die Konstitutionsfreiheit der Arbeiter in den verschiedenen Ländern, um zuletzt näher auf die Verhältnisse im Baugewerbe einzugehen. Als besonders nachtheilig auf dasselbe einwirkend bezeichnete Redner das Substitutionswesen. Mit einer energischen Aufforderung an die der Centralorganisation noch fernstehenden um Anschlüsse an dieselbe, schloß der Referent seinen mit sehr großem Beifall aufgenommenen Vortrag Kollege S. H. m. e. beendigte unter Zustimmung seitens der Versammlung, daß der Antrag der Tagesversammlung einer durch Abrechnung über das Gewerbe beantragten unterstützungsfähigen hiesigen Familie zuzunehmen. Kollege S. H. n. r. i. c. forderte mit kräftigen Worten die Anwesenden zum Beitritt in die hiesige Baufestigkeit des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands auf. Nach einem Schlußworte des Referenten, welches in einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung endete, erfolgte Schluß der Versammlung.

Döbeln. Am 22. Oktober fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in welcher Kollege S. H. n. r. i. c. a. Bresden über das Thema: „Kapitalismus und Armut“, mit besonderer Beziehung der Baufestigkeit im Baugewerbe referierte. In behaupten es ist, daß diese Versammlung sehr schlecht besucht war; man sollte glauben, daß jetzt bei der kurzen Arbeitszeit derartige Versammlungen besser besucht würden, hieraus kann man aber sehen, welches Interesse die Kollegen der ganzen Gegend der Bewegung spenden, denn es waren leider auch wenig organisierte Kollegen anwesend. Unter diesem Vortrag gab noch der V. J. gute, Kollege Geißler, seinen Bericht von der sächsischen Maurerkonferenz. Kollegen, wir erwarten von Euch, daß Ihr sofort die Versammlungen besser besucht als bisher. Findet einmal keine gewerkschaftliche statt, so könnt Ihr auch die politischen Forderungen, z. B. die nicht. Trotz des schwachen Besuches ließen sich am Schluß der Versammlung noch drei Kollegen in den deutschen Maurerverband einschreiben.

Döbeln. Eine öffentliche Versammlung im Bauhandwerker und Arbeiter tagte am 23. Oktober im Hiesigen hiesigen Lokale mit der Tagesordnung: Wie ist eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe möglich? Der Referent, Kollege Geißler aus Zwickau, betonte an der Hand statistischer Mittheilungen, wie traurig die Lage des Arbeiters ist und wie das Großkapital Alles an sich reißt und das, was ihm überfließt in den Weg kommt, vernichtet und verwirft. Aus dieser Lage könne nur ein festes Zusammenhalten des arbeitenden Volkes, welches nur in der Organisation zu finden ist, die Arbeiter retten. Nachdem der Referent noch den hohen Werth der Organisation betont, und alle Kollegen aufgefordert hatte, in den Verband einzutreten, erklärte Redner im Schlußwort den Werth des Lohnunterbezuges unter Hinweisung auf die Statistik, daß seitens mehrerer Gelehrten die Wohlstandslage annehmlich werden lie, daß die Regierungen wohl über die Notwendigkeit nachzudenken müssen. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Stuttgarter.

Dortmund. Am Sonntag, 28. Oktober, fand hier eine öffentliche Stuttgarter-Versammlung statt, in welcher Kollege Sittenfeld, a. H. in Offen, über das sehr zeitgemäße Thema referierte: „Welchen Einfluß hat die lange Arbeitszeit auf den geistigen und körperlichen Zustand des Arbeiters aus?“ Einleitend behauptete Referent den Mangel an statistischem Material von Ländern mit überwiegender kurzer Arbeitszeit; dagegen sei Material genügend vorhanden, welches die enormen Nachteile und schädigenden Einflüsse der übermäßigen Arbeitsdauer bezeugt. Als unüberlegte Bemerkung führte Redner recht ausführlich die Umgebungen des Paster Kretzberges und die statistischen Erhebungen der Kranken- und Unheilbarereignisse an, welche jeden Vorurtheil über die rapid zunehmende und krankheitserzeugende Wirkung übermäßiger Anstrengung außer Zweifel stellen. Wäre nicht diesbezüglich auf die Berufse der Arbeiter, Müller, Steinmetzen u. s. w., welche insofern überlangen Arbeitszeit einen ganz hervorragenden Prozentsatz ihrer Angehörigen durch Augenkrankheiten verlieren. Und nicht zum Wenigsten läge zu lange Arbeitszeit ihren schädlichen Einfluß auf das körperliche Wohlbefinden der Stuttgarter aus, welche ohnedies durch die Art ihrer Beschäftigung so mannigfachen Berufsrisiken ausgesetzt sind. Weiter erwähnte Redner den Einfluß der langen Arbeitszeit auf die geistigen Funktionen des Menschen, welcher so oft u. a. bei den mit ungläubiger Weitsicht begabten Wissenschaftlern, in so eklatanter und folgenreicher Weise hervorgetreten ist. Da nun ferner feststeht, daß die lange Arbeitszeit stets eine Verringerung des Lohnes und somit wiederum eine Verschlechterung der Ernährungsweise nach sich zieht, welche die Gesundheitigkeit ganz besonders beeinträchtigt — denn, was der Mensch ist, das ist er —, so ist zweifellos

ohne die demoralisierende Wirkung der Arbeitsüberbürdung festzustellen. Darum mögen die Arbeiter als erste Devise auf ihre Kampfesparole schreiben: "Rückzug der Arbeitszeit!" und dazu beitragen, daß ihr Körper widerstandsfähiger, ihre Erziehung eine bessere, ihre Geisteskraft eine reifere werde. Mögen sie dazu beitragen, daß sich das Heer der Arbeitslosen vermindert, die Korrekturen- und Strafanklagen sich leeren und die Krankenhäuser weniger besucht werden. Wenn sie auf Verkürzung der eigenen Arbeitszeit und auf Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit dringen, dann werden sie mit Erreichung dieses Zweckes ihren Zweck erreicht, die Befreiung des arbeitenden und geknechteten Volkes, nicht mehr fern sein. Die Aufnahme des Vortrages war, wie auch die kurze sich daran anschließende Diskussion befriedigend, eine allseitig begünstigte; nur hätten wir gewünscht, daß gerade die vielen hierorts und leider noch fernstehenden Kollegen denselben mit angehört hätten. Wir hoffen ganz bestimmt, daß auch sie bald alle mit uns Hand in Hand gehen.

Krankentafel.

Hamburg. Die hiesige Kassette der Zentral-Krankentafel der Maurer z. Grundstein zur Einsicht" hielt am Sonntag, den 4. November d. J., im Lokale des Herrn Reuter, Spitalstraße 61, ihre Quartalsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Quartalsrechnung, 2. Bericht vom Sanitätsverein, 3. Vortrag über Unfallversicherung, 4. Bericht über den ersten Punkt der Tagesordnung, 5. Bericht über die Kassentafel. Die Kassentafel ergab ein Ueberschuss von M. 1044,89, demgegenüber eine Ausgabe von M. 9136,02 stand, wovon M. 2000 der Hauptkassette eingekandt sind. Die Ueberschuss der Kassentafel ergab eine Einnahme und Ausgabe von M. 206,06. Da gegen diese Abrechnungen Niemand etwas einzuwenden hatte, war dieser Punkt erledigt. Zum zweiten Punkt berichtete der Delegierte vom Sanitätsverein, daß die Delegiertenversammlung dem Vortrage auf Erhöhung des Beitrags nicht beigetreten ist, indem dieselbe den Antrag mit großer Majorität ablehnte. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag auf Anstellung eines zweiten Naturgelehrten für Darmbein wegen zu großer Kosten. Ueber den Antrag des Sanitätsvereins betreffend Erhöhung der Beiträge für Familien macht der Bevollmächtigte darauf aufmerksam, daß die betreffenden Krankentafeln in ihren Versammlungen nochmals hierzu Stellung nehmen möchten, welchem Wunsch hierdurch entsprochen wird. Es entspann sich hierauf eine lebhafte Debatte, in welcher mehrere Redner ihre Ansichten für und gegen äußerten; in M. wurde auch der Wunsch, welcher in Darmbein besteht, indem dort nur ein Arzt angestellt ist, einer zweiten Arzt hinzuzusetzen, in welcher hauptsächlich betont wurde, daß es dem betreffenden Arzt beim besten Willen nicht möglich wäre, einem jeden Mitgliede gerecht zu werden. Dementselbst müßte dadurch abgeholfen werden, daß man für die Zukunft in Betracht der Verhältnisse die Finanzstellen des Vereins seien bei einer einmaligen Erhöhung der Familienbeiträge weg. Es wurden hierauf drei Anträge gestellt und zwar von 20, 10 und 5 S. Erhöhung pro Monat, von welchen der für Erhöhung von 10 S., unter vorheriger Abweisung des Antrages von 20 S., angenommen wurde, jedoch der monatliche Beitrag für Familien in Zukunft 20 S. betragen würde. Sodann wurde von mehreren Rednern auf die Unzulänglichkeiten, welche sich bei der jetzigen Erhebung der Beiträge herausgestellt, hingewiesen und wurde u. a. hauptsächlich betont, daß es den Arbeitss. fähigen Kranken nach Feierabend nicht mehr möglich sei, den Arzt zu konsultieren und er dadurch gezwungen wäre, einen Theil seiner Arbeitszeit dafür zu opfern und das wäre doch unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Kleinigkeit; damit müsse man unbedingt rechnen. Einer der Redner hob noch hervor, daß es ein großer Vortheil für arbeitsfähige Kranke wäre, wenn es ihnen möglich gemacht würde, auch in ärztlicher "Weiterbehandlung" außerhalb ihres Bezirks bleiben zu können, d. h. in dem Bezirk, in welchem sie ihre tägliche Beschäftigung haben. Ein anderer Redner hob hervor, daß alle diese Uebelstände damit beseitigt werden könnten, wenn wir freie Arztbesuch hätten. Ein Antrag, welcher besagt, die Abendpredigten erst von 8 Uhr an beginnen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Die Anträge wurden den Delegierten zur nächsten Generatorsammlung übergeben. Punkt 5 wurde wegen zu schwachen Besuchs der Versammlung vertagt. Zu Punkt 4, "Bericht über den ersten Punkt der Tagesordnung", ob es möglich sein würde, nach dem obenstehenden Aussehen der Berliner Kassette die Rasse noch weiter besetzen zu lassen; er hege starken Zweifel und wüßten wir uns hier in Hamburg zur rechten Zeit vorlesen. Nachdem ein anderer Redner der Meinung war, man solle erst abwarten, ob der Wunsch der Berliner Kassette die Erhebung der Rasse in Frage stellen würde, wurde von anderer Seite betont, daß es für die ganzen freien Arbeiter und Hilfskräfte des Deutschlands für die Zukunft kein anderes Mittel gäbe, als sich zusammenzuschließen zu einer einzigen großen Rasse, indem es den einzelnen Kassen nicht mehr möglich sein würde, den gesetzlichen Bestimmungen gerecht zu werden und sie über kurz oder lang ihre Existenz aufgeben müßten; auch hob Redner hervor, daß man unter einer allgemeinen Rasse über ganz Deutschland bedeutend an den Verwaltungskosten sparen könne, indem für die jetzigen vielen Hauptorten eine ein einziger gedient werden. Daß diesem Vortrage bis jetzt noch nicht näher getreten sei, liege hauptsächlich daran, daß die Mitglieder der Kassen sich so wenig um die Kassenangelegenheiten kümmern und Alles den Vorständen überlassen, und diese würden sich wohl hüten, für diese gute Idee Propaganda zu machen, weil sie wüßten warum! — Darum sei es Hauptfache der Mitglieder, die Versammlungen besser zu besuchen, damit sie sich besser über die internen Verhältnisse ihrer Rasse orientieren und endlich dem mitunter eigenmächtigen Vorgehen der Haupt resp. Vorstände einen Damm entgegenstellen können. Nachdem die örtliche Verwaltung beantragt worden, die angelegte Frage in Erwägung zu ziehen, machte der Bevollmächtigte bekannt, daß das Selbstverbot für Augenkrankheiten, welches von der Sanitätlichen Acker- und Juraalitäts-Behörde in's Leben gerufen wurde, auch denjenigen Kassentafeln unserer Rasse zu Gute kommt, welche innerhalb des Sanitätlichen Verordnungsbezirks liegen, wurden die Mitglieder, welche sich in die betreffende Behandlung begeben wollen, darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich beim Vorstehen des Sanitätsvereins, Herrn Rasse, zu melden haben, welcher ihnen die nötige Zinsuktion ertheilen wird. Nachdem der Bevollmächtigte den Mitgliedern über die Polizeifrage, welche bis jetzt erledigt ist, berichtet und eine rege Debatte über die Augenkrankheiten beendeten empfahlen, sollte zur Wahl von Extra-Kontrollen für das Winterhalbjahr geschritten werden, welche

jedoch des schwachen Besuchs wegen nicht vorgenommen werden konnte. Es wurde dann die örtliche Verwaltung beauftragt, die betreffenden Extra-Kontrollen zu ernennen und wurde dann, da Niemand etwas vorzubringen hatte, die Versammlung geschlossen.

Eingekandt.

Kollegen! Ich muß mich nochmals mit der Frage an Euch wenden, wie steht es eigentlich mit unseren Versammlungen? Am 23. September fielen wir unter erster Sitzung, da waren doch alle Kollegen erschienen. In den Versammlungen vor dem Heile konnte man sehen, daß die Kollegen recht eilig waren. Aber Alles ist wieder verschunden, waren doch in der letzten Versammlung 12 Kollegen erschienen, da muß sich jeder von den Kaufleuten sagen, daß ist Kaufleut! Ich denke doch, daß wir nicht nur da sind, um Preise zu setzen, sondern daß wir auch da sind, um unsere Lage zu verbessern und nicht, wie es bei uns am Orte der Fall ist, zu beschließen. Ich frage einen Kollegen, wo er denn am vorigen Sonntag gewesen sei, da bekam ich zur Antwort: "Ich kann von meinem jetzigen Verdienst keinen Beitrag bezahlen, ich bin in Sanktionsort gewesen und habe mir da Vergnügen gemacht, das wird auch wohl besser sein." Und so geht es diesen Kollegen. Wenn heute der "Grundstein" kommt, morgen wird er als Butterbrotpapier benutzt, ohne gelesen zu sein. Kollegen, sagt doch nochmals Euren Muth und sagt Euch am Sonntag: heute gehe ich aber in die Versammlung, und dazu gehe es, wie es will! Fürchtet Euch nicht, denn da kann doch in Gemeinschaft berathen werden, wie es am besten zu machen ist, daß wir unsere Lage verbessern können. Ein Jeder bringe sein Mitgliedsbuch und seine Statistik mit. Nochmals, seid eilig und kommt alle, Mann für Mann in die Versammlung.

Aufruf an die Kollegen der Stadt Mülhausen i. E. und Umgebung.

Der Winter ist wieder vor der Thür, wiederum müssen Hunderte von unseren Kollegen sich darauf gefast machen, die Nacht der Arbeitslosen zu verleben, wiederum taucht für so Manchen das Geistesbild des Hungers mit drohender Geberde auf. Wie mancher brave Familienvater sieht nicht mit großer Sorge diesen Zeitpunkt herannahe, wo hierüber diesen Sommer hier Arbeitslosigkeit herrscht, denn die Wirthlungen des Kaufmanns hier in Mülhausen wird wohl ein Jeder von Euch an eigenen Weide geübt haben. Wir brauchen wohl nur die Baugeschäfte der Gebrüder Wölfer und der Gebrüder Mühlberger anzuführen, sowie die Geschäftungen, die besonders die organisierten Kollegen in diesen Geschäften gemacht haben. Darum, Kollegen, wolt Ihr noch länger diese Mülhäusler bestürzen, oder wolt Ihr sie beseitigen helfen? Wolt Ihr letzteres, dann schließt Euch unserer Organisation an, denn nur eine starke Organisation kann alle die Mülhäusler beseitigen. Also: beherzigt diese Worte! Rache es sich Jeder zu Mülhausen, unsere nächste Versammlung, welche am Sonntag, den 11. November, in der Wirthschaft von Mühlmüller, Prantlinstraße, stattfindet, zu besuchen, um daselbst weiter zu berathen, wie wir unsere Organisation kräftigen können, was absolut nothwendig ist, um den Kampf mit unseren Gegnern aufnehmen zu können zur Wahrung unserer Interessen. Die Versammlung wird Punkt 2 Uhr eröffnet.

Gerichts-Chronik.

* Eine für weitere Kreise wichtige Entscheidung fällt die Strafammer des Landgerichts in Bismarck am 18. August d. J. war unser Genosse, der Mechaniker A. Baudert, vom Schöffengericht zu Witten auf M. 10 Geldstrafe und den entsprechenden Kosten verurtheilt, weil in zwei Fällen die Preßkommission bis über 11 Uhr in seinem Lokale getagt habe, bestehende Kommission aber nicht als geschlossene Gesellschaft anzusehen sei. Dies war in den obigen acht Fällen geschehen, wo eine Freisprechung erfolgte, da es sich um verschiedene Gesellschaften handelte. Außerhalb falls gegen die beiden Verurtheilungen, die Staatsanwaltschaft gegen die acht Freisprechungen Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt erklärte in der Berufungsbehandlung, es sei Wunsch der Landvolksherde gewesen, diese Fälle zur Entscheidung eines höheren Gerichtshofes zu bringen und er beantrage, den Angeklagten in allen zehn Fällen zu verurtheilen, da nach den Akten der Bezirksdirektion der Angeklagte die Konzeption auf das ganze Grundstück habe und müßte das in Betracht kommende obere immer ebenfalls eine Schankstube sei. Nach den Ausführungen des Angeklagten, welcher Freisprechung in allen zehn Fällen beantragte, verurtheilt nach längerer Beratung der Gerichtshof das Urtheil: der Angeklagte ist in allen zehn Fällen freigesprochen, nach dem § 365 des Strafgesetzbuches und der Ministerialverordnung vom 12. Juni 1876 sei das Verweilen von Gästen in "öffentlichen Schankstuben" über die Polizeistunde verboten, aber in allen zehn Fällen sei der bet. Schankstube der Charakter der Öffentlichkeit genommen, es konnte auch nicht in Betracht, ob die betreffende Stube gegen Entgelt vermietet sei oder nicht, oder ob betreffende Stube zu anderer Zeit als öffentliche Schankstube benutzt werde. Im Uebrigen komme dem Angeklagten in den zwei Fällen, wo er von dem Schöffengericht verurtheilt sei, noch besonders zu Gute, daß er selbst Mitglied dieser Preßkommission gewesen und er dieselbe in seinem Hause könne tagen lassen, wo und wann er wolle.

* Nach einer neueren Reichsgerichtsentscheidung steht einem jeden Staatsbürger der § 198 des Str.-G.-B. zur Seite, welcher in a t e m G l a u b e n bei der Verübung Unrechtmäßigkeiten zur Anzeige bringt, wenn auch die Anzeige objektiv sich hinterher als falsch erweist. Im Sommer 1890 war die Arbeitslosigkeit im Hpt. Feuerwerkslaboratorium zu Spandau eine so große, daß eine doppelte Arbeitslosigkeit eingeleitet werden mußte. Eine jede Schicht dauerte 9 Stunden. Um nur aber die Arbeiter mehr anzuheben, wurde eine Schicht, welche geachtet, daß an Stelle der 9 Stunden 10 zur Verrechnung kommen durften. — Der Zimmermann Schulte, welcher in dem Laboratorium im Stillstand arbeitete, glaubte nun bemerkt zu haben, daß das Aufstellungspersonal sich mehr Stunden aufzubringen erlaubt war. Er brachte dies bei dem vorgelegten Ingenieur zur Anzeige. Die eingeleitete Untersuchung verlief aber resultatlos und Sch. nahm auf dieses Bureden die Anzeige zurück. Wert-

würdiger Weise ließ man die Sache auf sich beruhen und ging auch nicht gegen Sch. gerichtlich vor. Nicht lange darauf legte Sch. freiwillig die Arbeit nieder. Im Sommer 1893 erfuhr Sch., daß der ebenfalls im Laboratorium thätige Arbeiter Pögel in der Lage sei, die früher gerügten Unrechtmäßigkeiten zu bezeugen. Sch. machte demgemäß am 8. Oktober 1893 eine Eingabe an das Direktorium des Feuerwerkslaboratoriums, in welcher er die in der früheren Anzeige behaupteten Missethate wiederholte und den H. als Zeugen dafür benannte. Als er am 30. Oktober hierauf eine Antwort noch nicht erhalten hatte, beschwerte er sich beim Kriegsministerium. Daraufhin wurde auch eine Untersuchung eingeleitet, die aber wieder resultatlos verlief. Nunmehr wurde gegen Sch. Anzeige erstattet und derselbe vom Schöffengericht zu Spandau wegen übler Nachrede zu M. 200 Geldstrafe verurtheilt. Hiergegen legte Sch. Berufung ein. In der erneuerten Verhandlung vor der Ferienstrafammer des Landgerichts II Berlin machte der Verteidiger des Angeklagten, Herr Rechtsanwältin Löwe, geltend, daß nach der Eingangs erwähnten Reichsgerichtsentscheidung seinem Mandanten unbedingt der § 198 des Str.-G.-B. zur Seite stehen müsse, da er von der Wahrheit seiner Anzeige durchaus überzeugt gewesen sei; es müsse demnach die Freisprechung des Angeklagten erfolgen. Nach einer längeren Beratung schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung.

Literarisches.

"Der Sozialdemokrat", Central-Organblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Weiskstraße 2). Die Nr. 40 vom 1. November hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — Die Politik und Freitagswahlen in Großbritannien. — Was bietet die Sozialdemokratie dem Arbeiter? — M. Beer, London: Christlich-sozialer Fortschritt in England. II. — Parteimehrheiten. — Literarisches. Bericht über die Verhandlungen des Frankfurter Parteitages. — Der Gewerkschafts-Kongress. — Gewerkschaftliches. — Arbeiterjugend. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste.

"Sozialpolitische Centralblatt." Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Schumann's Verlag, Berlin W, Wauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2.50. Einzelnummern 30 C. Erhalten ist Nr. 5, 4. Jahrgang.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. S. W. Diey's Verlag) ist jeden das 6. Heft des 16. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor:

Zur Selbstkritik des Sozialismus. — Die Statistik der Reichspostverwaltung. Von O. Blets. — Zur Kritik auf der Reichspostverwaltung. Von O. Blets. — Zur Darstellung der Wissenschaft. Von G. Engel. — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. Von G. Engel. (Fortf.) — Aus den Vereinigten Staaten. Von F. A. Sorge. (Schluß). — Notizen. — Feuilleton: Anna Mengel. Eine Dienstmädchen-Geschichte. (Fortsetzung).

Briefkasten.

* Der dießmalige Sendung des "Grundstein" liegt für die Bevollmächtigten vgl. Vertrauensmänner die Nr. 40, 4. Jahrgang, des "Correspondenzblattes" der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des "Grundstein".

Sach? Anonyme Einsendungen können nicht berücksichtigt werden. Müllster, L. Wir ersuchen, bei Einsendungen für unser Blatt das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben. Neureprinten, L. Ihre Frage lautet zu unbestimmt. Theilen Sie uns den näheren Sachverhalt mit. Stuten, M. Wie oft sollen wir denn noch wiederholen, daß das zu Berichten dienende Papier nur auf einer Seite beschreiben werden darf?

Zentral-Verein der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Sitz Hamburg.

Die in den hiesigen Ausbach, Deffau, Kossau, Lunden und Freiburg i. Br. gewählten Verwaltungsbeamten sind vom Vorstand beauftragt.

Mitglieder, welche innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbands beitreten sind und auf Grund des § 6 Abs. 2 des Statuts eine vom Vorstand ausgestellte Legitimationskarte zur Erhebung der Reiseunterstützung wünschen, haben ihre Mitgliedsbücher nebst einem Ausweis, wann die Lehrzeit beendet, an den Vorstand einzuführen. Der Ausweis kann, wenn ein Lehrbrief oder Arbeitsbuch nicht vorhanden, von dem Bevollmächtigten der hiesigen desjenigen Ortes ausgestellt werden, an dem das Mitglied ausgeleitet, und muß außer dem Bevollmächtigten noch von zwei Mitgliedern der Verwaltung unterschrieben sein.

Zur besonderen Beachtung für die örtlichen Verwaltungen und Auszahler der Reiseunterstützung.

Die Reiseunterstützung, welche auch in diesem Jahre vom 1. November an an reisende Mitglieder bezahlt wird, hat der Vorstand und Ausschuss auf 60 S. festgelegt. Für die örtlichen Verwaltungen und Auszahler der Reiseunterstützung diese Folgendes zur Beachtung: 1. Reiseunterstützung können nur diejenigen Mitglieder in Empfang nehmen, welche a) wenigstens bis zum Tage der Auszahlung ein Jahr lang Verbandsmitglied gewesen sind, oder

